

*Sind linke Positionen in der Pandemie staatstreu, wissenschaftsgläubig und kritikunfähig geworden? In Redaktion und Beirat des Widerspruchs fand dazu eine engagierte Diskussion statt.*

## **Redaktion Widerspruch: Corona, Linke, Kritik und Staat**

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie sind linke Positionen Teil des grossen Unwissens. Wir argumentieren vorsichtig und warten eher ab, weil was heute gilt, morgen schon veraltet sein kann. Ängste und unterschiedliche sozialpsychologische Bewältigungsmuster prägen auch das Verhalten von Linken. Meist fordern wir Solidarität und Empathie ein – mit jenen, die gesundheitliche Beeinträchtigungen oder den Tod Nahestehender verschmerzen müssen, die sich aufgrund von Krankheit, ihrer Arbeitssituation oder flucht- und migrationsspezifischer Gründe nicht ausreichend schützen können, mit dem überarbeiteten medizinischen Personal, dem die Politik anmassend – und ohne die Pflegekapazitäten auszubauen – die Hauptlast der Pandemie aufbürdet. Mit den Kindern und Jugendlichen, deren psychische und physische Gesundheit leidet, nicht nur unter hohen Infektionszahlen und den unsicheren Situationen an den Schulen, sondern auch unter den Einschränkungen und um sich greifenden dystopischen, sozialdarwinistisch geprägten kulturellen und medialen Deutungsmustern der Pandemie. Wir streiten uns über Impfungen und Schutzmassnahmen, manchmal auch wegen Tatsachenleugnung – und eine linke Mehrheit stellte sich seit Beginn der Pandemie hinter die staatlichen Massnahmen. Sie befand sich schnell im Dissens mit jenen, welche die in einschlägigen Kreisen so genannte «Mainstream»-Wissenschaft hinterfragten, auf Inkonsistenzen und alternativen Deutungen des pandemischen Geschehens beharrten. Es war eine einigermaßen verwirrende Ausgangslage für Linke, die sich doch gewohnt sind, staatliche Politiken und kapitalistische Eigentumsverhältnisse kritisch durchleuchten und verändern zu wollen, und sich nun plötzlich mit dem Vorwurf der «Staats- und Wissenschaftsgläubigkeit» konfrontiert sahen. Wer mag schon die Pharmaindustrie in Schutz nehmen vor dem – komplexe Widersprüche verschwörerisch vereinfachenden – Verdacht, das Virus aus Profitgründen in die Welt gesetzt zu

haben? Wer tut sich leicht mit der Verteidigung von in aufklärerischer Tradition stehenden wissenschaftlichen Ansätzen, wenn wir doch wissen um den eurozentrischen, normiert männlichen Blick, die Herabsetzung des Weiblichen und fremder Kulturen in der Perspektive okzidentaler Vernunft sowie die damit verbundene rassistisch und/oder sexistisch legitimierte (Über-) Ausbeutung im Dienste westlich-kapitalistischer Gesellschaften?

Gleichzeitig erfahren wir, nicht erst seit der Pandemie, dass ein Boden «gemeinsam geteilter Tatsachen» und das Anerkennen von Realitäten ausserhalb kultureller Deutungsmuster sinnvoll sind. Zwar sollten sie stets in Bezug auf ihre Verwobenheit in Macht- und Herrschaftsverhältnisse kritisiert, aber deswegen nicht gleich ganz aus der Politik verabschiedet werden. Linke sollten sich, gerade in der gegenwärtigen Situation, davor hüten, vernünftiges Denken und Handeln per se als korrumpiert zu betrachten und irrationalen Haltungen Vorschub zu leisten; was einen freilich nicht entbindet von genauen gesellschaftskritischen Analysen diverser Formen von Rationalität, ihren jeweiligen historischen Verortungen und ihrer Fürsprecher:innen.

Zu Beginn der Pandemie frohlockten noch einige über die ohne nennenswerte Einwände gesprochenen staatlichen Gelder, über längst vergessen geglaubte und ausgerechnet in den USA vorgebrachte Ideen über Verstaatlichungen – und über die durch die Pandemie ausgelöste Solidarität, die Brücken in die postpandemische Zeit bauen sollte. Heute wissen wir, dass die Hoffnungen auf eine solidarische Wende nicht erfüllt worden sind. Der verwundbarste Teil der Weltbevölkerung ist weitgehend sich selbst überlassen, die globale Impfstoffverteilung stockt, das Big-Pharma-Monopol blüht, niemand kennt die potentiellen Auswirkungen der Pandemie auf den ökonomischen und ökologischen Krisenverlauf, die Geschlechtergerechtigkeit bröckelt und die Schere zwischen den Klassen öffnet sich weiter. Oder einfacher gesagt: Ohne organisierte Gegenwehr werden in kapitalistischen Gesellschaften die Kosten von Krisen den subalternen Klassen aufgebürdet. Unter gewohnt neoliberalen Vorzeichen wird Verantwortung individualisiert, etwa indem Ungeimpfte undifferenziert an den medialen Pranger gestellt wurden. (Bei allen Anstrengungen, die für eine hohe Impfquote unternommen werden sollten: Die Medienkampagne Ende 2021 zielte auf das Blossstellen von Sündenböcken, statt auf Aufklären und Aufdecken von blinden Flecken der Pandemiepolitik.)

In der vierten Corona-Welle brachen einige widersprüchliche Problemlagen konkreter auf, vielleicht auch vor dem Hintergrund, dass zwischenzeitlich doch einiges als gesichertes Wissen bezüglich des Virus gilt. Es zeigte sich, wie das staatliche Krisenmanagement zwischen Kapital- und Bevölkerungsschutz operiert und, zwischen diesen beiden Polen vermittelnd, (nicht-) handelte. Die wirtschaftlichen Interessensverbände konnten sich weitgehend durchsetzen, um Fragen des Gesundheitsschutzes ist es ziemlich still geworden. Stattdessen Freuden- und «Freiheits»-Tage, als gäbe es keine Millionen chronisch Kranke und Immungeschwächte im Lande. Von der vielbeschworenen Solidarität hat die Regierung jetzt erst einmal genug, genau so genug wie von der Anerkennung der «systemrelevanten» Arbeit. Initiativen wie Zero-Covid konnten sich nicht durchsetzen, auch innerhalb der Linken nicht. Es bestand zu wenig Vertrauen in das Vorhandensein von sozialen Kräften, die einen Stillstand bewirken könnten, der nicht zu Lasten der lohn- und care-arbeitenden Mehrheiten gehen würde, besonders der proletarischen Berufe im Dienstleistungs- und Industriesektor. Seither verfestigt sich die Binsenweisheit, dass auch in Zukunft politische Arbeit rund um die kleinteiligen, arbeitsintensiven Fragen von Organisation und Repräsentation nötig sein wird, damit soziale Kämpfe an Durchschlagkraft gewinnen und auf grundlegenden politökonomischen Wandel orientieren. Ein grosser Erfolg ist die am 28. November angenommene Pflegeinitiative, für deren Umsetzung – gemeinsam mit dem Gesundheitspersonal – nun gekämpft werden muss. Andere Initiativen und Ansätze sind in Vorbereitung, z. B. das Denknetz-Konzept einer «Pharma fürs Volk».

Unter pandemischen Bedingungen bedeutet linke Politik auch eine Auseinandersetzung über angemessene Schutzmassnahmen, etwa über das – zuletzt während des Abstimmungskampfes zum Covid-19-Gesetz – kontrovers diskutierte Zertifikat. Wann und unter welchen Bedingungen sollte es (nicht) verwendet werden? In welchen Situationen ist Vertrauen angebracht, wann Kontrolle besser? Oder anders gesagt: Wie sind Schutzmassnahmen im eigenen politischen Umfeld «von unten» und nicht allein mit Blick auf obrigkeitliche Vorgaben verantwortungsbewusst umzusetzen? Über diesen und anderen Fragen spalten sich auch einige linke Geister. Mit dem am 28. November 2021 angenommenen Covid-19-Gesetz stützen zwar 62 Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung die Coronamassnahmen des Bundesrates; die Befürchtungen, dass wir uns alle an zunehmende Kontrollsituationen gewöhnen, sind damit aber noch nicht ausgeräumt.

Derweil treibt es andere Linke zu Experimenten wie demjenigen, mit von rechts hegemonialisierten Protesten der Massnahmenkritiker und Pandemieleugnerinnen zu paktieren, etwa an einer Demonstration vom 23. Oktober 2021, wo Vertreterinnen des Feministischen Lookdown inmitten eines Meeres aus Schweizerfahnen in Bern gegen den Pflegenotstand protestierten.

Unter anderem dieser Vorfall führte in Beirat und Redaktion des Widerspruch zu einer engagiert geführten Email-Auseinandersetzung. Zur Debatte standen Fragen wie: Ist es legitim, zusammen mit von Rechts organisierten Protesten auf die Strasse zu gehen? Wie gehen wir mit anti-wissenschaftlichen und esoterischen Ideologien um und verhindern, dass diese weiter um sich greifen? Was umfasst das staatliche und mediale Krisenmanagement und wie stellen sich Linke dazu (Lockdowns, Impfkampagnen, Individualisierung von Verantwortung)? Welche Analysen des zwischen Gesundheits- und Wirtschaftsschutz verorteten staatlichen Handelns bringen linke Politik voran? Welche politischen Angebote gibt es für diejenigen Menschen, die aufgrund von klassen-, geschlechter- und/oder migrationsspezifischer Erfahrung berechtigterweise Skepsis gegenüber staatlicher Biopolitik haben? Wie gelingt es, Gesundheits- und Carekrise sowie globale Impf-Ungerechtigkeit und Pharmaprofite weiter zu politisieren? Gibt es Vorstellungen oder Hinweise, wie die Bekämpfung der Pandemie in einer von der kapitalistischen Rationalität befreiten Gesellschaft aussehen könnte?

Nicht zuletzt zeigte auch die Korrespondenz in Beirat und Redaktion des Widerspruch, dass Debatte unter Linken nottut. Deswegen nehmen im Folgenden sowohl Beiräte des Widerspruch als auch Autor:innen aus einem weiter führenden Umfeld Stellung zu den oben skizzierten Fragen.